

Angriffe auch gegen den Bürgermeister

Scharfe Debatte zur Gesamtschulfrage

ACHIM ■ Um die integrierte Gesamtschule oder andere Schulformen ging es während der Debatte am Montag im Achimer Schulausschuss kaum. Vielmehr drehte sich alles um Ehrlichkeit, Redlichkeit und Glaubwürdigkeit. Die CDU vermisste diese beim Bürgermeister und der anderen Seite des Stadtrats.

Anlass des Ärgers war die Elternbefragung zur Einführung der integrierten Gesamtschule in Achim, bei der sich von 1119 Eltern 391 unverbindlich für den Besuch ihrer Kinder auf einer Gesamtschule ausgesprochen und 324 Eltern andere Schularten favorisiert hatten. Die gesetzlich vorgegebene Schülerzahl von mindestens 96 Schülern pro Jahrgang für eine vierzügige Gesamtschule war auch nach statistischen Beschönigungen der Stadtverwaltung in mindestens vier von zehn Jahrgängen nicht erreicht worden.

Dass die Stadtverwaltung und der Bürgermeister dennoch das Elternvotum als Bestätigung einer integrierten Gesamtschule in Achim werten, bringt die CDU auf die Palme.

Rainer Ditzfeld (CDU) hat solches Politikverdrossenheit förderndes Verhalten, wie er sagt, in seiner 17-jährigen Ratsarbeit noch nicht erlebt. Einstimmig habe sich doch der Rat für die Elternbefragung entschieden und beschlossen, den Elternwillen zu respektieren. Das geschehe jetzt nicht. Auf die Frage, was geschehe, wenn in einem der zehn Jahrgänge die Mindestzahl von 96 Schülern nicht erreicht werde, habe der Bürgermeister während Informationsveranstaltungen stets geantwortet, dass dann eine integrierte Gesamtschule in Achim ge-

amtlichen Bürgermeister reden, sprach auch der „sprachlose und erregte“ CDU-Chef Rüdiger Dürr von Schönrederei, statistischer Trickserei und Unehrllichkeit im Rathaus.

Der angegriffene Bürgermeister Uwe Kellner schließlich bestritt seine früheren Äußerungen zur Grundbedingung „mindestens 96 Schüler pro Jahrgang“ nicht, meinte aber, es gehe nicht um die Frage: Kellner hat gesagt oder nicht gesagt.

Das Ergebnis wertet er trotzdem als Votum für eine integrierte Gesamtschule in Achim, wobei die Beteiligung von 70 Prozent der Eltern eindrucksvoll sei.

Über die Interpretation eines Ergebnisses und Statistik könne man natürlich streiten, aber von vorsätzlicher Verfälschung der Ergebnisse zu reden, gehe eindeutig zu weit. „Das weise ich entschieden zurück.“

Für Kellner hat die Befragung gezeigt, dass Bedarf sei für diese weitere Schulform im Mittelzentrum Achim. Die Stadt sollte deshalb dieses Angebot machen, zumal man in dem nur unzureichend genutzten noch recht neuen Hauptschulgebäude die Räume habe und es unsinnig wäre, statt dessen an der Gesamtschule Oyten anzubauen. Es gehe nicht an, Achimer Schülern weiter den Weg nach Oyten oder Langwedel zu weisen. In diesem Schuljahr gehen wieder weitere 49 Achimer Kinder auf die Gesamtschule in Oyten.

Tanja Tarnowsky-Hoppmann (SPD) und Silke Thomas (Grüne) bestätigten den Bürgermeister, wobei Thomas das aus dem Rahmen fallende Ergebnis im Kindergartenjahrgang damit erklärte, dass die jungen El-

scheitert sei. Eine ausgesprochene Dreistigkeit sei, dass fünf Stimmzettel mit jeweils zwei Kreuzen für verschiedene Schulformen für die Gesamtschule gewertet worden seien, obwohl auf den Stimmzetteln klar stehe, dass nur eine Schulform angekreuzt werden dürfe. Auch die Schülerzahlen durch die besonders gesamtschulfreundlichen Zahlen eines Kindergartenjahrgangs hochzuschrauben, sei unredlich. Nachdem Lars Gagelmann (WGA) noch gemahnt hatte, ein stellvertretender Bürgermeister wie Ditzfeld dürfe nicht so über den haupt-

tern noch nicht so festgefahren und noch offener seien als die Eltern von Schülern.

Die Mehrheiten für eine integrierte Gesamtschule als Ganztagschule in Achim standen im Schulausschuss und werden auch im Stadtrat am 22. August stehen. Dann gilt es abzuwarten, was die Kommunalaufsicht des Kreises zur Beschwerde der CDU über die Auswertung der Elternbefragung, der Kreis-Schularbeitskreis und letztlich die genehmigende Landesbehörde zur Gesamtschule in Achim sagen werden. • mb